

# Die DVP im Februar 2022/Inhaltsverzeichnis

## Redaktion

Jürgen Vable

Editorial – Über eine Kandidatensuche . . . . . 49

## Abhandlungen

Andreas Lenk

Widerspruch und Widerspruchsbescheid . . . . . 51

Bis zur – weitgehenden – Abschaffung des Widerspruchsverfahrens insbesondere in den Flächenländern hatten Betroffene die Verpflichtung, vor der gerichtlichen Überprüfung eines Verwaltungsakts zunächst ein sog. Vorverfahren zu durchlaufen. Hier konnte im Rahmen einer verwaltungsinternen Selbstkontrolle durch eine Abhilfeentscheidung eine Beschwer ausgeräumt werden.

Nach derzeitiger Rechtslage muss hingegen – abgesehen von Ausnahmen – direkt Klage erhoben werden. Dies sollte u. a. das Verfahren beschleunigen und Kosten einsparen. Ob dies für Betroffene auch zu einer Verbesserung des Rechtsschutzes führte, wird oftmals bezweifelt. Daher wird auch immer wieder vorgeschlagen, zumindest ein optionales Widerspruchsverfahren (wieder-)einzuführen.

Dieser Beitrag gibt einen umfassenden Überblick über das Widerspruchsverfahren, angefangen mit der Frage nach dessen Statthaftigkeit, gefolgt von Rechtsfragen der Widerspruchseinlegung und abgeschlossen mit den Kompetenzen der Widerspruchsbehörde. Diese Darstellung wird unterstützt durch kurze Fallbeispiele, die verschiedene Probleme an der Schnittstelle von Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess verdeutlichen.

Claudia Schürmeier

Sitzungen der kommunalen Vertretungen unter Pandemiebedingungen . . . . . 60

Spätestens durch die hygienischen Anforderungen für Sitzungen unter den Bedingungen der Coronapandemie ist die Frage aufgekommen, ob digitale Unterstützung oder sogar ein digitaler Ersatz für Sitzungen in Präsenz mit den demokratischen Anforderungen vereinbar sind.

Der Beitrag betrachtet zunächst die gegenwärtige pandemische Situation und ihre Auswirkungen auf die Arbeit der kommunalen Vertretungen. Um derzeitige Regelungsstrukturen besser einordnen zu können, befasst sich der folgende Abschnitt mit den ersten Regelungen der Länder zu Pandemiebeginn und verdeutlicht zugleich die Vielfalt des gesetzgeberischen und ministeriellen Handelns. Ein Blick auf die aktuellen kommunalrechtlichen Regelungen vervollständigt den Blick auf die Regelungshistorie. Sodann gilt das Augenmerk den strukturellen Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen einzelner Regelungen. In die Betrachtung der Regelungsstrukturen fließen Erfahrungen zur Umsetzbarkeit der Vorschriften in der Praxis ein. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick

Holger Weidemann

Verfahren der Verwaltung – Ein Überblick – Teil 1 . . . . . 65

Im ersten Teil dieser Darstellung geht es um das Verfahren im Rahmen des Verwaltungsverfahrensgesetzes. Erläutert werden die unterschiedli-

chen Handlungsoptionen der Verwaltung zur Bewältigung ihrer Aufgaben, mit einem Schwerpunkt auf dem Verwaltungsverfahren, das der Vorbereitung und dem Erlass eines Verwaltungsakts oder dem Verfahren zum Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags dient.

Angesprochen werden u. a. die Phasen des Verwaltungsverfahrens, seine Arten sowie besondere Formen der Verfahrensgestaltung.

Manfred Glombik

Die Grundrente . . . . . 72

Versichertenrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung reichen für eine nennenswerte Anzahl von Versicherten nicht über die sozialhilferechtliche Grundsicherung, damit das Existenzminimum, hinaus. Am 1.1.2021 ist das Grundrentengesetz in Kraft getreten, welches diese Situation verbessern soll. Der Beitrag erläutert Details zur Grundrente und zur Ermittlung und Anrechnung des Einkommens der Berechtigten.

## Kurzinformationen und Splitter

Splitter – Wahl des Bundespräsidenten . . . . . 75

## Fallbearbeitungen

Christian Treffer

Die Stadtbücherei . . . . . 76

Bei dieser Fallbearbeitung aus dem Zivilrecht geht es um mögliche Ansprüche aus Kaufverträgen sowie aus einem zivilrechtlich ausgestalteten Benutzungsverhältnis einer Bücherei.

Ralf Schmorleiz

Eine Ortsgemeinderatssitzung in Dörsdorf . . . . . 81

Gegenstand dieser Fallbearbeitung aus dem rheinland-pfälzischen Kommunalrecht sind u. a. die Zuständigkeit zum Erlass von Gebührenbescheiden, der Widerspruchsgegner, die Rechtmäßigkeit einer Satzungsänderung, die Abstimmungsformen und eine Wahlbeschwerde.

## Rechtsprechung

Bekanntgabe und Wirksamkeit einer Allgemeinverfügung (BVerwG, Urteil vom 22.1.2021 – 6 C 26.19) . . . . . 86

Amtshaftung der Gemeinde bei der Verweigerung des gemeindlichen Einvernehmens zum Bau von Windkraftanlagen (BGH, Urteil vom 21.10.2021 – III ZR 166/20) . . . . . 90

Die Schriftleitung

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage der Fa. Haufe-Lexware GmbH & Co. KG. Wir bitten um freundliche Beachtung!